



Die Bedeutung der Leadership bei der Umsetzung der Sprachenpolitik

Graham Fraser, Kanadischer Kommissar für Amtssprachen

Wie mehrere andere Bereiche der kanadischen Politik geht auch die Sprachenpolitik auf eine Königliche Kommission zurück. In diesem Fall ist diese für Zweisprachigkeit und Bilingualismus zuständig. Sie wurde 1963 als Reaktion auf den wachsenden Nationalismus in Québec Anfang der Sechzigerjahre gegründet. Im ersten Bericht von 1967 wurde eine Version des finnischen Modells bevorzugt. Zudem empfahl die Kommission, sowohl Englisch als auch Französisch als kanadische Amtssprachen anzuerkennen, ein Amtssprachengesetz zu verabschieden und zur allgemeinen Sensibilisierung der Öffentlichkeit einen Amtssprachenkommissar zu ernennen.

Die Behauptung, Kanada sei ein zweisprachiges Land, ist missverständlich. Fakt ist, dass Kanada offiziell eine Zweisprachigkeitspolitik betreibt. Das heisst, die Sprachenpolitik wurde eingeführt, um sicherzustellen, dass die Regierung den einsprachigen Frankophonen die gleichen Dienstleistungen zur Verfügung stellt wie den einsprachigen Anglophonen. Aber sind die beiden Sprachen innerhalb der Institutionen, die dem Amtssprachengesetz unterstellt sind, auch wirklich «gleichberechtigt»? Nein. An Arbeitsplätzen, die als offiziell zweisprachig erklärt wurden, werden nicht automatisch beide Sprachen gesprochen.

Trotzdem liegen Erfolge vor. Ein unerlässlicher Faktor für Erfolg ist Leadership. Dazu gehört zunächst die Führungsrolle der Politik: Alle Premierminister/innen seit 1968 waren zweisprachig. Seit 1984 gilt Zweisprachigkeit zudem als grundlegende Bedingung, um den Vorsitz einer politischen Partei zu übernehmen. Wichtig ist auch die Leadership in der Verwaltung: Wenn hohe Funktionärinnen und Funktionäre in ihrer Beziehung mit den Angestellten und in ihrer Korrespondenz mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie beide Amtssprachen verwenden, Zweisprachigkeit fördern und Dienstleistungen effektiv in beiden Sprachen erbringen, wird die Botschaft in der Organisation schnell verstanden.

Bei der Änderung des Amtssprachengesetzes im Jahr 1988 wurde Teil V ergänzt mit dem Recht, in den als zweisprachig definierten Regionen in der bevorzugten Amtssprache zu arbeiten. Wir wagen zu behaupten, dass damals niemand vollständig realisierte, welch radikale Geste dieses Zugeständnis an die Angestellten war.

Abschliessend versuchen wir, die Hauptfrage dieser Konferenz zu beantworten: Ist Mehrsprachigkeitspolitik eine öffentliche Politik wie jede andere? In Kanada, könnte man nein sagen. In der Tat, ist sie natürlich eine öffentliche Politik, aber nicht eine wie jede andere. Die Sprachenpolitik ist an unsere Werte und an unsere Identität geknüpft. Ausserdem wurden gewisse Sprachrechte aus dem Amtssprachengesetz in die Kanadische Charta der Rechte und Freiheiten aufgenommen. Dadurch sind die Schlüsselemente der Politik auch bei einem Regierungswechsel nicht in Gefahr. Das Amtssprachengesetz enthält eine Reihe von Verpflichtungen, ist aber auch ein Ausdruck des gemeinsamen Willens, ein offeneres Land zu werden, das Integration fördert. Es handelt sich um eine Politik, die Regeln und Ziele aufstellt, die fordert und anregt, die zugleich idealistisch und praktisch, symbolisch und pragmatisch ist.

Kontakt :

Graham Fraser

Commissaire aux langues officielles du Canada

Commissariat aux langues officielles

30, rue Victoria, 6e étage

CA - Gatineau K1A 0T8

+1 819 420 48 75

graham.fraser@clo-ocol.gc.ca



Graham Fraser

Graham Fraser, renommierter Journalist und Autor mit bald 40 Jahren Medienerfahrung schloss an der Universität Toronto mit einem Bachelor (BA) und einem Master (MA) in Geschichte ab. Im Oktober 2006 wurde er für sieben Jahre zum Kanadischen Kommissar für Amtssprachen ernannt. Sein Mandat wurde im Oktober 2013 um drei Jahre verlängert.

Die Aufgabe des Kommissars besteht darin, die beiden Amtssprachen von Kanada zu fördern und die Gleichberechtigung der beiden Sprachgemeinschaften sicherzustellen. In dieser Funktion musste sich Graham Fraser von Beginn an mit mehreren wichtigen Dossiers zu den Sprachrechten der kanadischen Bevölkerung befassen.

Zu den wichtigsten sprachrechtlichen Geschäften, die das kanadische Kommissariat für Amtssprachen unter der Leitung von Graham Fraser behandelte, gehörten die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2010 in Vancouver. Der Kommissar schritt ausserdem ein, als die kanadische Dachorganisation der Frankophonen („Fédération des communautés francophones et acadienne du Canada“, FCFA) im Jahr 2007 die Abschaffung eines Programms zur finanziellen Unterstützung von Rechtsbeschwerden in Sprachfragen anfocht. 2008 intervenierte der Kommissar auch in der Affäre Nguyen, mit dem Ergebnis, dass der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil Artikel 23 der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten so auslegte, dass die Rechte der Sprachgemeinschaften berücksichtigt werden müssen.

Graham Fraser hat fünf Werke veröffentlicht. Das Neueste, *Sorry, I Don't Speak French* aus dem Jahr 2006, trug dazu bei, die öffentliche Debatte zur kanadischen Sprachenpolitik aufs Neue anzuregen.